

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1910**

21 (14.1.1910) Mittagausgabe

# Badische Presse

General-Anzeiger der Residenzstadt Karlsruhe und des Großherzogtums Baden.

Unabhängige und geleseste Tageszeitung in Karlsruhe.

Gratis-Beilagen:

Wöchentlich 2 Nummern „Karlsruher Unterhaltungsblatt“, monatlich 2 Nummern „Kurier“, Anzeiger für Landwirtschaft, Garten-, Obst- und Weinbau, 1 Sommer- und 1 Winter-Jahresplanbuch und 1 schöner Wandkalender, sowie viele sonstige Beilagen.

Täglich 16 bis 40 Seiten. Weitans größte Abonnentenzahl aller in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von F. Zbierngarten. Chefredakteur: Albert Herzog. Verantwortlich für Politik u. den allgemeinen Teil: H. Frh. v. Sedenborn, für Chronik u. Residenz: E. Stolz, für den Anzeigenteil: A. Rindespacher, sämtlich in Karlsruhe.

Auflage: 35 000 Exempl. gedruckt auf 3 Zwillingsrotationsmaschinen.

In Karlsruhe und nächster Umgebung über 22 000 Abonnenten.

Nr. 21.

Karlsruhe, Freitag den 14. Januar 1910.

Telephon-Nr. 86.

26. Jahrgang.

## Sachsen und die Schiffsabgaben.

Dresden, 13. Jan. Die Bestimmung, die in Sachsen gegen Preußen wegen dessen ausdringlicher Bevormundung in Sachen der Schiffsabgaben herrscht, ist durch die kürzlichen Ausführungen des preussischen Finanzministers v. Rheinbaben nicht geringer geworden. Heute kam es in der Ersten Kammer über die preussischen Pläne zu einer längeren Erörterung, in der die Härte des Ausdrucks umso bemerkenswerter war, als die Verhandlungen des Herrenhauses gewöhnlich auf einen sanften Ton gestimmt sind.

Die Frage wurde bei der Staatsdebatte von dem Dresdener Oberbürgermeister Geheimen Rat Dr. Beutler angeschnitten. Er hat wenig Hoffnung, daß Preußen von seinem Vorhaben absteht, und wünscht gerade in Rücksicht hierauf, daß Sachsen wenigstens auf die Art der Kostenverteilung und ihre Höhe Einfluß zu gewinnen sucht.

Nach längeren Ausführungen beleuchtete hierauf, wie schon gestern kurz mitgeteilt, der Vertreter der Leipziger Universität, Geh. Rat Wach die staatsrechtliche Seite der Frage. Ihm ist es nicht zweifelhaft, daß es sich bei ihr um eine Abänderung der Reichsverfassung handelt. Diese ist, so betont der Redner, das Bollwerk der Reichseinheit, die Grundlage unserer nationalen Existenz. Wer sie ändern will, muß nachweisen, daß seine Forderung durch das Wohl des Deutschen Reiches geboten ist. Es handelt sich um die Preisgabe der Schiffsabgabefreiheit, die in langen Kämpfen errungen und bedeutungsvoll für unsere wirtschaftliche Entwicklung ist. Wer uns diese Freiheit nehmen will, der muß beweisen, daß er sie uns nicht wie einen Kauf, sondern zu unserem eigenen Wohl. Preußen hat bisher nicht bewiesen, daß seine Pläne zum gemeinsamen Wohl des Reiches dienen. Das Gegenteil steht vielmehr fest. Wenn irgendwelche Staaten sich bisher als reichstreu erwiesen haben, so waren es Sachsen, Baden und Hessen. Wir müssen mit Bestimmtheit hoffen, daß man deren Einwände gegen die Schiffsabgaben im ganzen Reich hören und begreifen wird, daß auf dem von Preußen betretenen Wege das Wohl des Reiches nicht zu erreichen ist. (Lebhafte Beifall, in den auch der Bruder des Königs, Prinz Johann Georg, einstimmt.)

Hierauf ergriß Staatsminister Graf Bismarck das Wort. Er wies laut „Frf. Ztg.“ darauf hin, daß die sächsische Regierung heute noch den gleichen ablehnenden Standpunkt einnehme, wie in der Denkschrift. Je mehr sie sich mit der Frage befaßt, umso tiefer werde sie überzeugt, daß der Plan Preußens eine schwere Gefährdung sächsischer Interessen bedeute. Dieser ablehnende Standpunkt, fuhr der Minister fort, vertritt sich durchaus mit unserem Wunsch, gute Beziehungen zu Preußen aufrecht zu erhalten. Die Regierung ist bemüht, diesen Gegenstand auf das Gebiet der Schiffsabgaben zu lokalisieren. Wenn einzelne Sätze unserer Denkschrift als Auffündigung der Freundschaft und als Vorwurf des beabsichtigten Bruchs der Reichsverfassung aufgefaßt sind, so ist das ein Irrtum. Die sächsische Regierung nimmt jedoch den Standpunkt ein, daß eine Abänderung der Reichsverfassung nicht ohne Not und nicht ohne Berücksichtigung der föderativen Grundlage des Reiches vorgenommen werden sollte. Sachsen ist der Überzeugung, daß eine solche Abänderung, wenn sie die Rechte einzelner

Bundesstaaten einschränkt, nicht ohne unsere Zustimmung und nicht gegen unseren Willen beschloffen werden dürfte. Wir wollen in eine ruhige Behandlung der Frage eintreten in der Hoffnung, daß es uns doch gelingen wird, Preußen und die anderen Bundesstaaten davon zu überzeugen, daß jener Plan nicht nur für Sachsen, sondern auch der Verkehrsverteilung im Reich schweren Schaden zufügen würde. Der freie Zugang zum Meere ist für uns eine Lebensfrage. Wir haben ihn durch Verträge erworben und können auf dieses Recht nicht verzichten, ohne unsere wirtschaftliche Stellung im Reich zu gefährden. Die sächsische Regierung trägt ernste Sorge, daß mit einer Durchführung der Pläne Preußens die wirtschaftliche Entwicklung des Reiches in bedenkliche Bahnen gelenkt wird.

## Badischer Landtag.

16. Sitzung der zweiten Kammer.

Karlsruhe, 13. Jan. Präsident Hohorst eröffnete 3/4 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch: Staatsminister Frh. v. Dulsch, die Minister Frh. v. Marshall und Frh. v. Bodman, sowie Regierungskommissare.

Tagesordnung: Fortsetzung der allgemeinen Debatte über das Finanzgesetz.

Abg. Muser (Dem) fuhr in seinen Ausführungen (siehe Abendblatt vom Donnerstag) fort: Die Reichsfinanzreform hat uns gezeigt, was wir vom Zentrum zu erwarten haben, wenn es zur Macht kommt. Bei der Wahl hat auch der Waldmichel wiederum seine Tätigkeit entfaltet. Er hat dabei journalistische Leistungen geboten, die derart waren, daß sie einer kritischen Betrachtung nicht wert sind.

Präsident Hohorst: Ich nehme an, daß diese Äußerung sich nicht gegen ein Mitglied dieses Hauses richtet.

Abg. Muser: Ich habe so viel Respekt vor dem Vater des Waldmichel, daß, wenn ich sein Kind nenne, mich nicht gegen ihn richtet. (Große Heiterkeit.) Der Redner besprach sodann die Reichsfinanzreform und die Stellung des Zentrums zu derselben und ging sodann zur Schulfrage über. Wir verlangen nach wie vor, daß für unsere Volkserziehung das geschieht und getan wird, was wir für notwendig erachten und wir fordern die Entkonnensicherung der Seminare. Durch die konfessionellen Seminare ist ein Feld in unserer Schule, der das Gegenteil von dem Geiste ist, in dem eine gesunde Pädagogik geleitet werden muß. Die Ziele des Zentrums und seine Nachbesserung, um dann seine Prinzipien zu realisieren.

Die Regierung hat uns mit ihrer Erklärung vor den Stichwahlen zugemutet, die Sozialdemokratie zu bekämpfen und mit dem Zentrum zusammenzugehen trotz seiner Ziele. Das Zentrum steht auf dem Standpunkt, daß der Staat sich der Kirche unterordnen müsse. Das Zentrum ist nichts anderes als die politische Organisation des Ultramontanismus und damit Gegner des modernen Staates. Man schmeißt uns aus unserem Standpunkt stets den Vorwurf, wir hätten kein Verständnis für das Christentum. Das ist durchaus unrichtig, aber wir unterscheiden zwischen Konfessionalismus und Religiosität. Es gibt eben auch außerhalb der Konfession Religion. Was sollen wir sagen, wenn man Dinge hört wie den Jamerker Friedhofstandal. Solche Vorkommnisse sind eine Rohheit, die mit dem Christentum nichts zu tun hat. Vom Zentrum wird behauptet, daß durch uns die Religion gefährdet werde. Eine solche Behauptung ist nicht wahr. Von dieser Seite des Hauses ist noch nie eine Aktion gegen die Religion unternommen worden. Wir wissen, daß das Volk eine wahre Religion, eine sittliche Erziehung haben muß. Die Religion wird allerdings gefährdet, aber nicht von unserer Seite, sondern von denen,

die einen Mißbrauch mit der Religion zu politischen Zwecken treiben. (Sehr richtig links.) Dadurch wird das religiöse Empfinden unseres Volkes abgeschwächt und die Heiligkeit der Religion erschüttert. Wenn es Ihnen (Zentrum) darum zu tun ist, daß mit der Religion kein Mißbrauch getrieben wird, dann sorgen Sie mit uns dafür, daß sie nicht in das Parteigetriebe gezogen wird. Wir reichen Ihnen gerne die Hand, wenn Sie mit uns dafür sorgen wollen, daß dieser abscheuliche Kampf unterbleibt. Man macht uns auch den Vorwurf, daß wir Kulturkampf treiben würden. Das ist nicht wahr, wir haben nie Kulturkampf getrieben und werden es nie tun. Daß solche Unwahrheiten in die Welt gesetzt werden, geschieht nur, um die Wähler von dem Sinn und der Erkenntnis dessen abzulenken was sie angeht. Der Herr Zehner hat gestern den Bloß der Rechten in Aussicht gestellt. Das kann uns nur recht sein. Verbinden Sie (Zentrum) sich nur mit den Konservativen, mit den Konservativen, die dem Volke das direkte Wahlrecht nehmen wollen. Wir wollen dafür sorgen, daß der wirkliche Liberalismus im deutschen Reich die Bedeutung erhält, auf die er Anspruch hat. Wir wünschen, daß der Großklub für Deutschland vorbildlich wird. In Baden haben wir ihn aus tatsächlichen Erwägungen geschlossen, um die Gefahr einer Herrschaft des Zentrums von unserem Vaterlande abzuwenden. Wir werden stets bereit sein, eine politische politische Fortschritt zu treiben. (Beifall links.)

Minister Frh. v. Bodman: Ich knüpfte an an die letzte Äußerung des Abg. Muser. Auch wir sind der Ansicht, daß wir Fortschritte mitwirken und die Männer der Regierung sind bereit, an dem Fortschritt mitzuwirken. Ich muß dabei aber betonen, daß auch die Regierung ihre bestimmten Ansichten hat. Abg. Muser sagte, er wolle erst die Taten der Regierung abwarten. Wir sehen mit Ruhe Ihrer Beurteilung entgegen, denn die Gesetze, die wir vorlegen, werden zeigen, daß wir eine freiheitliche und fortschrittliche Gesinnung betätigen. Der Abg. Muser hat die Äußerung der Regierung vor der Stichwahl verübelt und gemeint, daß diese Äußerung auf den Bundesherren zurückzuführen sei. Er meinte, daß eine Kundgebung des Fürsten an das Volk verfassungsmäßig nicht zulässig sei und nicht zu dessen Kompetenz gehöre. Ich kenne keine Bestimmung der Verfassung, die eine solche Kundgebung verbietet. Es muß aber eine derartige Kundgebung mit dem Namen eines Ministers gedeckt sein. Die Erklärung in der Karlsruher Zeitung war eine Kundgebung der Regierung und für diese Kundgebung trage ich an erster Stelle die Verantwortung. Ich habe auch ein Gewissen und ich frage es immer, ob ich etwas tue. Es ist Übung geworden, jemanden, der mit seinem Stimmzettel monarchische Gesinnung befundet, als höflich und als Lakai zu bezeichnen. Es wurden auch die Minister in öffentlichen Artikeln angegriffen und ihnen vorgeworfen, sie stießen sich bei ihren Entschlüssen gegen höfliche Erwägungen. Ein solcher Angriff ist in der konstanter Abendzeitung gegen den Staatsminister und mich erschienen. Diese Vorwürfe sind unbegründet. Auch die Minister haben ihre politische und menschliche Ehre, die sie hochhalten. Ich muß deshalb die Vorwürfe zurückweisen.

Es ist getadelt worden, daß Minister Honell gesagt hat, wenn ein Beamter einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgibt, sei das nicht schön. Wenn ein Beamter aus tatsächlichen Gründen oder aus anderer sozialdemokratisch wählt, ist das nicht schön. Wenn er einen solchen Zettel aber abgibt, weil er sozialdemokratische Gesinnung hat, dann muß nach meiner Meinung ein solcher Beamter seinen Abschied nehmen. (Links: hört, hört! — Zwischenruf des Abg. Süßkind (Soz.): Der wäre schön dumm! — Große Heiterkeit.) Wer den Beamten geleistet hat, kann keine sozialdemokratische Gesinnung betätigen. Wir forschen selbstverständ-

## Der Wilmer.

Roman von Henriette von Meerheimb (Margarete Gräfin v. Büchau).

Königstein trat wieder durch die Logentüre ein. Dem frohig-übermütigen Gesichte Karolas und Fräulein Klaus' witzigster Enttäuschung sah er das Schamgefühl deutlich an. Genau wie bei Fräulein Mau und Gisela... aber hier brauchte er ja gottlob nicht einzuschreiten und der kleinen Sünderin, für die er im Herzen Partei nahm, eine Strafe zudiktieren. Im Gegenteil! Er präsentierte Karola eine Konfettischachtel mit den schönsten Fondants, die er hatte aufreiben können, und Fräulein Klaus einige zarte Lachs- und Kaviarschnitten.

Beides wurde freudig angenommen. Karolas Gunst gewannen seine Fragen nach ihren Hunden und Pferden sehr bald. Auch Fräulein Klaus betrachtete den vielbesprochenen, so liebenswürdigen Kommandeur mit günstigen Augen. Ihre Stellung bei Karola konnte täglich durch eine Verlobung der jungen Dame — umschwärmt wurde sie genug — ein Ende erreichen. Es war gut, sich nach einem neuen Wirkungskreis umzusehen.

Fräulein Mau, in der sie eine alte Schulfreundin wieder gefunden, hatte ihr zwar keine glänzende Schilderung von Herrn von Königsteins Charakter und Giselas Betragen entworfen. Aber Fräulein Klaus besaß ein unbegrenztes Zutrauen zu ihren eigenen Fähigkeiten. Sie war fest von dem Glauben durchdrungen, mit Giselas Ungezogenheit und Herrn von Königsteins Jähzorn fertig werden zu können.

Sie wandte sich lakonisch an ihn mit einer teilnehmenden Frage nach „seinem niedlichen Töchterchen“.

Königstein wandte sich rasch zu ihr. Ihre Frage unterbrach Karolas begeisterte Schilderung ihres neuen Zuckergelpanns.

„Schade!“ sagte er nur lakonisch.

„Was ist schade?“ fragte die Gouvernante ericaunt.

„Ihre Frage nach Gisela stört die Originalität des heutigen Abends. Es war nämlich der einzige, an dem man mich, bisher noch nicht nach meiner kleinen Tochter fragte.“

„Aber, Komteß!“ Fräulein Klaus sah Karola vorwurfsvoll an. „Ich erzählte Ihnen doch von dem kleinen Wildfang, der Fräulein Mau soviel Mühe macht.“

Karola antwortete nicht. Königstein konnte den Ausdruck ihres Gesichtes nicht enträtseln. Es schien ihm, wie wenn es schmerzhaft um den weichen Mund zuckte.

„Sie sind nicht kinderlieb, Komteß?“ fragte er unwillkürlich.

Jetzt hob sie die Lider. Ein seltsam tiefer, forschender Blick traf ihn.

„Ich mag von der kleinen Gisela nichts hören, ich kann ihr ja doch nicht helfen.“

Die Worte berührten Königstein peinlich. Wahrscheinlich hatte die Mau gräßlich übertriebene Klatschgeschichten erzählt.

„Mein Töchterchen ist sehr wild und ungezogen.“ sagte er schnell, wie wenn er einen Vorwurf abwälzen müßte. „Ich bin gezwungen, manchmal streng zu sein.“

Fräulein Klaus' Haltung drückte devote Anerkennung aus. Sehr lobenswerte Anschaungen! Mit solchem vernünftigen Vater ließ sich schon auskommen. Die dumme Mau hatte ihn gewiß nicht zu nehmen gewußt.

„Strenge zur rechten Zeit ist das einzig Richtige.“ pflichtete sie salbungsvoll bei.

Karola sah auf. Ihre Augen erschienen sehr groß und dunkel vor innerer Erregung.

„Die armen, armen Kinder!“ Ihre Stimme zitterte leicht. „Ich glaube nicht daran, daß Kinder ungezogen sind — sie sind nur unverständlich — vor allem mutterlose Kinder.“

Nur die letzten Worte trafen Königsteins Ohr. Sie zogen plötzlich einen Schleier von dem Innenleben dieses nach außen hin so übermütig erscheinenden jungen Wesens fort. Er beugte

sich unwillkürlich über ihre Hand, die sie ihm zum Abschied hinhielt:

„Sie haben recht, Komteß, ich werde an Ihre Worte denken.“

Ein süßes Lächeln verklärte das holde Gesicht vor ihm.

„Ach ja, denken Sie daran, ich bin ja auch ein mutterloses Kind gewesen.“

Königstein antwortete nicht. Er nahm das weiße Herzmelincap und legte es schweigend um Karolas Schultern. Ihre Worte ergriffen ihn seltsam.

Er schlug den Kragen ihrer Sortie hoch und bot ihr den Arm.

Fräulein Klaus ging strahlend nebenher. Erst draußen im Gang verfinsterte sich ihre Miene:

„Ich kann den Diener nirgends sehen. Wir hatten den Wagen bestellt.“

„Papa vergaß es gewiß, daß wir im Theater sind. Er wird ihn selbst gebraucht haben.“ meinte Karola gelassen. „So gehen wir eben.“

„Gehen? Bei dem Wetter! Mit den guten Kleidern und dünnen Schuhen?“ zeterete die Gouvernante. „Droschken bekommt man auch nie!“

„Ich gehe sehr gern.“ sagte Herr von Königstein. „Meinen Wagen hatte ich für mich eigentlich vollkommen überflüssigerweise bestellt. Darf ich ihn den Damen anbieten?“

Fräulein Klaus nahm den Vorschlag dankbar an.

„Wenn Sie es gestatten, komme ich morgen und mache dem Grafen meinen Besuch, Komteß. Ich hätte es längst tun müssen. Ich hörte aber, Sie wären noch auf Ihrem Gute, und zu den Fahrten über Land fand ich noch keine Zeit.“

„Wir sind auch erst seit einer Woche in der Stadt.“ sagte Karola. „Papa wird sich gewiß sehr freuen.“

Königstein hob die Damen in den Wagen. Das Letzte, was er sah, war Karolas blonder Kopf, der sich grüßend herausbog. Welch liebliches Gesicht! Der Blick ihrer Augen, der Klang ihrer Stimme verfolgte ihn.

(Fortsetzung folgt.)

lich nicht darnach, wie die Beamten wählen. Das Wahlsystem ist ans heilig. Ich halte es aber für unvereinbar mit der Eigenschaft eines Beamten, sozialdemokratisch zu wählen und ich treue mich deshalb auch, daß Minister Honfies dies ausgesprochen hat. Mit den staatsbürgerlichen Rechten hat das nichts zu tun.

Unsere Stellung zur Finanzreform war eine schwierige. Wir mußten die Gesetze annehmen. Was hätten die Regierungen anders tun sollen? Den Reichstag auflösen? Das Ergebnis wäre ein Umwachsen der Sozialdemokratie gewesen. (Aha bei den Sozialdemokraten.) Diese Partei hätte uns die Mittel zur Reichsfinanzreform nicht bewilligt. Eine Verbrüderung der Liberalen mit dem Zentrum haben wir nicht vorgeschlagen, sondern wir empfahlen ein taktisches Zusammengehen der bürgerlichen Parteien in gewissen Schranken bei den Stichwahlen, um ein weiteres, nicht gerechtfertigtes Anwachsen der sozialdemokratischen Mandate zu verhüten. Wir sind dabei von dem Gedanken ausgegangen, daß diese Gefahr einer Mehrheit des Zentrums und der Konservativen durch die Hauptwahl beseitigt war. Von einer Ausschaltung der Sozialdemokraten konnte dabei keine Rede sein, denn sie hatte 10 Sitze erhalten. Es war also eine Gewähr geboten, daß sie in der Kammer vertreten sein würden.

Was nicht vom monarchischen Standpunkt vertretbar, ist die Wahl sozialdemokratischer Kandidaten durch die bürgerlichen Parteien. Wenn es einen Weg gibt, die Sozialdemokratie mit dem Staate zu versöhnen, ist es die politische Mitarbeit hier im Hause. (Sehr richtig.) Sie soll im Parlament vertreten sein und ich arbeite auch mit der Sozialdemokratie gerne zusammen, wenn sie zur Mitarbeit bereit ist. Ich hoffe, daß sie auf diesem Wege dahin kommt, das höchste Gut, das wir haben, zu schützen, die Freunde am Vaterland. (Beifall.)

Abg. Schmidt (B. d. L.) verteidigte die von den Konservativen betätigte Schutzpolitik und kam auf die Finanzlage zu sprechen. Bei der schlechten finanziellen Lage müssen wir die Ausgaben verringern. Es kann das auf verschiedene Weise geschehen, vor allem aber bei den staatlichen Bauten. Mit einer Sparpolitik sind auch wir einverstanden, aber sie muß zweckmäßig sein. Der Abg. Rehner hat darauf hingewiesen, daß bei der letzten Landtagswahl unter den Gesichtspunkten der Reichsfinanzreform von den Linken ein unwahrscheinlicher Wahlkampf geführt worden ist. Das kann ich ebenfalls bestätigen. Der Redner suchte dies an der Hand von Flugblättern nachzuweisen und ging dann des Näheren auf die Tabaksteuer und Branntweinsteuer ein.

Abg. Fehrenbach (Z.): Bezügl. der Reichsfinanzreform wurden von dem Berichterstatter Zweifel in dem Sinne ausgesprochen, daß die neuen Reichssteuern die erwarteten Erträge nicht erbringen. Er meinte, daß man dann zu einer neuen Reform mit der Erbschaftsteuer kommen werde. Ich glaube, daß das nicht der Fall sein wird, denn wie man von der Reichsregierung im Reichstage hörte, wird nach der Heberungszeit mit den vollen Erträgen zu rechnen sein. Mit der Erbschaftsteuer wird das nicht erzielt werden können, was man annimmt. Eine Wertzuwachssteuer wird für die Gemeinden mehr Vorteile bringen, wenn sie eine Reichsteuer und nicht eine Gemeindesteuer wird. Sehr zweckmäßig wäre es gewesen, wenn das starke mobile Kapital auf indirektem Wege für das Reich herangezogen worden wäre.

Das Vermögenssteuergesetz hat zu vielfachen Klagen Anlaß gegeben. Ich glaube aber, daß die Mängel dieses Gesetzes mehr in äußeren Umständen als im Gesetz selbst liegen. Als Mittelmittel wird der Schuldenabzug empfohlen. Ich weiß nicht, ob er das ist. Auf jeden Fall ist es eine ernste Sache, die unserer Prüfung wert ist.

Es wurde auch von verschiedenen Seiten die Anlehenspolitik behandelt. Die Anlehenspolitik der Städte kann man auf den Staat nicht übertragen, aber der Meinung bin ich auch, daß werbende Anlagen durch Schuldaufnahme gedeckt werden können. Mit der Sparpolitik des Finanzministers bin ich im allgemeinen einverstanden. Sie darf aber nicht beirrt gehandhabt werden, daß sie gegen die von uns gebilligten Intentionen des Vermögensgesetzes sich richtet. Bezüglich der Eisenbahnpolitik kann ich mich dem anschließen, was der Abg. König ausgeführt hat. Ich komme nun auch zu einigen Bemerkungen politischer Art, daß Zentrumswähler schon sozialdemokratisch gewählt haben. Es ist aber etwas anderes, wenn es sich um eine geschlossene Parteiverabredung handelt, die Sozialdemokratie zu wählen, wie sie die Nationalliberalen mit dem Großklub getroffen haben. Was die Rede des Abg. Muser anlangt, so muß ich sagen, ich betrachte sie als einen Monolog, den er für seine Person gehalten hat. Es war die Rede eines verbitterten Geistes. Eine solche Rede ist keine parlamentarische Glosse, sie kann man halten in einer Wanderversammlung des antikonstitutionalen Reichsverbands. (Zustimmung beim Zentr.) Ein Mann, der so oft mit Zentrumshilfe gewählt wurde, sollte auch heute noch daran denken. (Sehr richtig beim Zentr.) Unsere Stellung zu den Sozialdemokraten haben wir schon wiederholt dargelegt. Von der Regierungsbank ist heute die Sozialdemokratie richtig beurteilt worden. Ich brauche nur auf die Stellung dieser Partei zu unserem Militär, zur Religion und zur Monarchie hinweisen. Der soziale Geist ist weit älter, er reicht weit zurück, zurück in die Zeit des menschgewordenen Gottesohnes, der ein neues Evangelium in die Welt brachte. (Beifall beim Zentr.)

Eine besondere Aufmerksamkeit erweist uns jetzt die nationale liberale Partei, denn sie stellt aus den Reihen ihrer Abgeordneten Mitglieder für die Landtagswahlkreise auf, die keine nationalliberale Vertretung haben und deren Wünsche im Landtage von diesen Pflegern vertreten werden soll. Es ist das eine böse parlamentarische Sitte, die wir bisher nicht kannten. Bisher hatte man es immer so gehalten, daß der gewählte Abgeordnete die Wünsche des Bezirks vertreten und andere Abgeordnete hatten Wünsche, die an sie kamen stets an diese verwiesen. Durch Zeitungsartikel und Flugblätter sucht der Redner zu beweisen, daß der Landtagswahlkampf von den Nationalliberalen in aufreizender und verdreherischer Weise geführt wurde. Er führte dann weiter aus, daß die Versicherung des Abg. König, seine Partei treibe keinen Kulturkampf, erfremlich ist. Aber nach unseren Erfahrungen dürfen Sie es uns nicht verübeln, wenn wir Ihnen noch eine Reihe von Jahren auf die Finger sehen. Mit dem Nationalliberalismus, wie er sich jetzt entwickelt hat, ist für uns ein Zusammengehen nicht möglich. Der Auffassung bin auch ich, daß die Mitarbeit der Sozialdemokraten nicht zurückzuweisen ist. Eine andere Frage aber ist es, ob die monarchisch gesinnten Parteien in das Präsidium des Hauses wählen können. Der Thron hat einen Anspruch darauf bei den bürgerlichen Parteien die Rücksicht zu finden, daß ein Rufus ihm gegenüber durch irgend eine Partei unmöglich ist. Die Sozialdemokraten haben es aber abgelehnt, die repräsentativen Pflichten zu erfüllen. Und wenn Sie (die Sozialdemokraten) dem Großherzog die verfassungsmäßige Ehrerbietung nicht erweisen wollen, dann gehören Sie nicht an eine Präsidiumsstelle. (Lebhafter Beifall beim Zentrum und Brano aus der Gallerie. — Der Präsident ersucht die Galleriebesucher sich jeder Beifallsstundegebung zu enthalten.)

Mit den Erklärungen der Regierung sind wir zufrieden. Gegen eine liberale Regierung im guten Sinne haben wir nichts einzuwenden. Wir verstehen unter liberal ein Festhalten an dem Guten, was wir haben, eine freipolitische Ausgestaltung dessen, was wir brauchen und die Betätigung einer sozialen Wohlfahrt, Alles getragen von einer wohlwollenden Autorität. Erfreulich ist es, daß die Regierung über den Parteien stehen will. Das kann nur zum Wohle des Landes sein. Ich hoffe, daß einmal die Zeit kommt, in der den Nationalliberalen ein Führer ersicht, der sie auf den gesunden Wirklichkeitsboden führt zu gemeinsamer Arbeit mit uns. Das Wohl des Volkes haben wir bei all' unserem Tun nie aus dem Auge gelassen, wir

werden es auch in Zukunft so halten. (Lebhafter Beifall beim Zentrum.)

Darnach wurde die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung: Freitag 14.10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung.

§ Karlsruhe, 14. Jan. Die Kommission für Straßen und Eisenbahnen der Zweiten Kammer hielt gestern eine Sitzung ab, in welcher verschiedene Referate erteilt wurden.

Die Wahlprüfungskommission erklärte in ihrer gestrigen Sitzung auch die Wahl des Abg. Schmidt-Bretten für gültig. Zwar wurden durch die gemachten Erhebungen verschiedene erhebliche Verstöße gegen die Wahlordnung festgestellt. Allein auch wenn man die Stimmen aus dem Orte, in welcher diese Verstöße vorgekommen sind, in Abrechnung zieht, bleibt dem Abg. Schmidt noch eine Stimmenmajorität. Es sind somit sämtliche Wahlen für gültig erklärt.

— Karlsruhe, 14. Jan. Bei der zweiten Kammer gingen weiter folgende Petitionen ein: des Gemeinderats Ohlsbach um Errichtung einer Haltestelle bei Station 5 der Schwarzwaldbahn; den Vorschlag des Beamtengeheles, hier die Bitte des Zeichners Karl Semmler in Karlsruhe um Regelung seiner Beförderungsverhältnisse betr.; des Betriebsaufsehers (Oberleiters) Johann Fehlbauer bei groß. Salinental Kappenan wegen Einreihung in die Gehaltsklasse H 2 des Gehaltsstabs.

Deutscher Reichstag.

(Schluß des Berichtes aus der gestrigen Abendzeitung der Bad. Presse.) — Berlin, 13. Jan. Bei der fortgesetzten Besprechung der Interpellation wegen der Beamtenmaßregelungen in Kattowitz bemerkt

Staatssekretär Delbrück: Es ist keinem einzigen Beamten in Kattowitz aufgegeben worden, einen bestimmten Kandidaten zu wählen. (Stürmisches Gelächter.) Das Interesse des Dienstes bei der Sache besteht darin, daß es nicht angeht, daß sich Beamte in Gegenfall stellen zu der nationalen Auffassung eines großen Teiles der Bevölkerung. (Erneutes Gelächter beim Zentrum und links.) Richtig ist, daß es in keinem Gesetz des Reiches oder der Bundesstaaten eine feste ungeschriebene Definition des Beamtenbegriffes gibt, aber die Weisheit der Staatsrechtler liegt auf dem Standpunkt, daß wenn jemand ein Amt bekleidet, er dieses so auszufüllen hat, daß er dem Staate nützt. Die Grenze kann jedenfalls nicht gezogen werden durch die nackte Arbeitsleistung.

Abg. Kolbe (Sp.) stellt sich im Wesentlichen auf den Boden der Auffassung des Staatssekretärs. Es könne der Regierung darin nur Recht gegeben werden, daß sie solche Beamte im Interesse des Staates verjagt.

Abg. von Dzierzowski (Pol): Man macht uns unsere Haltung bei der Finanzreform zum Vorwurf, die Mehrheit der polnischen Bevölkerung steht aber hinter uns. Der Dinarbeiter-Verein schreibt der Regierung ihr Verhalten vor, das ist eine Gefahr für den Staat. Redner wünscht die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der polnischen Frage.

Abg. Vattmann (w. Vg.): Eine allgemeine Verneinung der politischen Freiheit der Beamten bei den Wahlen ist ersichtlich falsch.

Abg. Doormann (fr. Sp.) stellt fest, daß die Liberalen in Kattowitz dem Zentrum angeboten haben, auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten, falls das Zentrum unterlasse, polnische Kandidaten anzustellen. Dieses Anerbieten ist aber vom Zentrum abgelehnt worden. Jedenfalls hätte man in Kattowitz die Entwidlung ruhig abwarten sollen. Das wäre besser gewesen, als das gewaltsame Eingreifen der Regierung. Wir wünschen im übrigen dringend, daß endlich einmal dort Frieden zwischen den beiden Nationalitäten eintrete.

Damit endet die Besprechung der Interpellationen. Es folgt um 5 1/2 Uhr die erste Lesung der Justiznovelle betreffend Verneinerung der Strafrechtsordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes.

Staatssekretär des Reichsjustizamtes, Dr. Bischoff, der die Vorlage empfiehlt, bleibt so gut wie unverständlich. Unter Anderem betont er, daß gegen die bisherige Rechtsprechung vielfach Mißtrauen, das zwar nicht berechtigt sei, bestanden habe, wegen der ungenügenden Heranziehung des Laien-Elements. Dilemm Mißtrauen werde nun durch die neuen Vorschriften der Vorlage der Boden entzogen. Allerdings entsetze durch die Hinzuziehung des Laien-Elements schon zu den Gerichten erster Instanz eine erhebliche Mehrbelastung. Weiter erfüllt der Entwurf namentlich noch das Verlangen nach einem besonderen Verfahren gegen Jugendliche. (Bravo.)

Hierauf erfolgt Vertagung. Morgen 1 Uhr Weiterberatung der Justiz-Novelle und Gesetz betreffend Haftung des Reiches für seine Beamten. Schluß 5 1/2 Uhr.

Der Kompetenz-Konflikt zwischen Staat und Kirche in Elsaß-Lothringen.

— Straßburg, 13. Jan. Vor wenigen Tagen ging die Nachricht durch die Presse, daß nunmehr auch der oberste Chef der Regierung in Elsaß-Lothringen, der kaiserliche Statthalter Graf v. Wedel in den zwischen dem Staatssekretär Jörn von Bulach und den Bischöfen von Straßburg und Metz in Sachen der Gewissensfreiheit der Beamten bestehenden Konflikt eingegriffen habe. Infolge der Geheimhaltung des Schriftwechsels zwischen dem Grafen Wedel und dem zunächst betroffenen Straßburger Bischof Dr. Frigen, erhoben sich in der Presse allerlei dunkle Vermutungen, insbesondere hieß es, daß Graf Wedel sich nicht in allem auf die Seite des Staatssekretärs Jörn von Bulach gestellt habe. Dem ist erfreulicherweise nicht so, im Gegenteil bekräftigte der Statthalter die von dem Staatssekretär abgegebene Erklärungen gegen das Eingreifen der kirchlichen Gewalt in die Rechte der Regierung und der Beamten im vollen Umfange. Dies zeigt der heute der Öffentlichkeit übergebene Schriftwechsel aufs eckantendste.

Graf Wedel schrieb am 9. Januar an Dr. Frigen:

Euerer Bischöfliche Gnaden haben dem Herrn Staatssekretär auf sein, den Anschließ der elsäß-lothringischen Elementarlehrer an den Deutschen Lehrerverein betreffendes Schreiben vom 1. d. Mts. unterm 4. d. Mts. eine Antwort gegeben lassen. Diefelbe enthält allgemeine Ausführungen über das Verhältnis nicht nur der katholischen Lehrer, sondern auch der katholischen Beamten überhaupt zu den katholischen Kirchenbehörden. Da ich diese auf alle katholischen Inhaber eines öffentlichen Amtes sich erzielenden Ausführungen als zutreffend anzuerkennen vermag, sehe ich mich als oberster Chef der Landesverwaltung veranlaßt, meinerseits Euer Gnaden folgendes zu erklären:

Nach den Ausführungen des in Elsaß-Lothringen geltenden Staatskirchenrechts erziehen sich die amtlichen Befugnisse der geistlichen Behörden ausschließlich auf solche Angelegenheiten, die dem religiösen oder kirchlichen Gebiete angehören. Mit diesen Grundfragen aber vermag ich die von Euer Gnaden an jeden einzelnen katholischen Lehrer gerichtete Mitteilung, die sich als eine in Ausübung des bischöflichen Amtes erfolgte Kundgebung kennzeichnet, nicht in Einklang zu bringen. Ich muß gegen die Beanpruchung einer solchen Befugnis um so ernster Verwahrung einlegen, weil ihre Anerkennung die katholischen Beamten des Landes bei der Ausübung ihrer dienstlichen Pflichten und staatsbürgerlichen Rechte nur zu leicht in Gewissenskonflikte treiben könnte.

Der Anschließ der elsäß-lothringischen Lehrer an den Deutschen Lehrerverein ist weder eine religiöse noch eine kirchliche Angelegenheit, es handelt sich dabei vielmehr um Fragen, die die Berufstätigkeit und die Standesinteressen der Lehrerschaft als solcher betreffen. Eine derartige Angelegenheit aber fällt in das Gebiet der Staatshoheit.

Die elsäß-lothringische Regierung hatte keinen Anlaß, den Eintritt der Lehrer des Landes zu dem Deutschen Lehrerverein zu beanstanden, was übrigens auch in keinem Bundesstaat geschehen ist. Es ist nicht meines Amtes, für den Deutschen Lehrerverein einzutreten, die Behauptung aber, daß er Verletzungen gegen die katholische Religion verfolge, ist nach meiner Kenntnis unzutreffend, wie ich denn auch unter jenen weit über 100.000 Mitgliedern viele tausend katholische Lehrer befinden. Im übrigen wird das Wesen der Schule nicht

durch die Beschlässe eines irgendwie geordneten Lehrervereins bestimmt, sondern es ist der staatlichen Gewalt vorbehalten, die Angelegenheiten des Unterrichts im Verein mit den verfassungsmäßig berufenen Faktoren des Unterrichts zu regeln.

Die grundsätzliche Auffassung, auf der die Ausführungen des dortigen Schreibens beruhen, mühte, meines Erachtens, zu unhaltbaren Zuständen führen. Es würden die kirchlichen Behörden daraus das Recht ableiten können, Lehrern und Beamten nicht nur in außer-dienstlichen, sondern auch in dienstlichen Angelegenheiten, sofern nur ein mittelbares oder vermeintliches kirchliches Interesse geltend gemacht werden könnte, Verhaltungsmaßregeln zu erteilen, was einen direkten Eingriff in die dem Staate ausschließliche zugehörige Disziplin seiner Beamten bedeuten würde.

Ich kann bei dieser Angelegenheit mein lebhaftes Bedauern darüber nicht unterdrücken, daß Euer Gnaden sich demogen gefunden haben, als Mittel zur Einwirkung auf die katholischen Lehrer sich eines Artikels des „Schulfreund“ zu bedienen, dessen scharfe Ausführungen gegen die dem Anschließ an den Deutschen Lehrerverein geneigten elsäß-lothringischen Lehrer als eine Verunglimpfung der letzteren und als eine Schädigung ihres Ansehens sich darstellen.

Wie Euer Gnaden sich versichert halten dürfen, daß die Regierung es stets als ihre Pflicht erachtet wird, die durch das geltende Staatskirchenrecht gewährleisteten Rechte und Befugnisse der kirchlichen Behörden nicht nur uneingeschränkt anzuerkennen, sondern auch voll zu unterstützen, ebenso darf ich erwarten, daß die letzteren es zünftig vermeiden werden, die Grenzen zu überschreiten, die jenes Staatskirchenrecht zwischen der Kompetenz der staatlichen und kirchlichen Behörden gezogen hat.

Dem so erwünschten ungetrübten Frieden zwischen staatlicher und kirchlicher Obrigkeit wird dadurch sicher am besten gebient sein. Graf v. Wedel.

Am 10. Januar erfolgte die erste Erwiderung des Bischofs Dr. Frigen. Sie lautet:

Euer Ergeßenz beehre ich mich auf das gefällige Schreiben vom 9. d. Mts. St. G. 3 ganz ergebenst zu erwidern, daß ich von dem Inhalt desselben gütigem Kenntnis genommen habe. Ich sehe nicht an, bereitwillig zu erklären, daß ich die Förderung der friedlichen Zusammenwirkens der beiden Gewalten zum Wohl des Vaterlandes als eine der vornehmsten Pflichten meines Amtes erachte und daß insbesondere meiner Mitteilung an die katholischen Lehrer durchaus nicht die Absicht zugrunde lag, auf die staatlichen Befugnisse überzugreifen. Ich gestatte mir übrigens, die Aufmerksamkeiten Eurer Ergeßenz darauf hinzuweisen, daß die in meinem Schreiben vom 4. d. Mts. ausgeführte Auffassung von dem Verhältnis aller Katholiken zum kirchlichen Dienen und Lehramt nicht etwa bloß meine privaterpersönliche Meinung, sondern die offizielle dogmatische Lehre der katholischen Kirche darstellt. Eine Gefahr für die Disziplin der Beamten ihren Vorgesetzten gegenüber kann sich daraus nicht im geringsten ergeben. Die Lehre über die Standespflichten, die einen wesentlichen Bestandteil der katholischen Sittenlehre bildet, insbesondere die Beamten zur gewissenhaften Erfüllung ihrer dienstlichen Pflichten und zur Treue gegen die von Gott gesetzte Obrigkeit verpflichtet.

Daß die Möglichkeit gegenständlicher Auffassungen auf staatlicher und kirchlicher Seite gegeben ist, kann nicht in Abrede gestellt werden. Bei beiderseitigen guten Willen und freundschaftlichem Entgegenkommen aber werden die Schwierigkeiten in den einzelnen Fällen auf eine beide Teile zufriedenstellende Weise gelöst werden können, und es wird mir wohl gestattet sein, daran zu erinnern, daß ich in den achtzehn Jahren meiner Amtstätigkeit stets im Sinne des friedlichen Uebereinstimmens mit der Regierung gehandelt habe. Ich hebe noch hervor, daß meine Mitteilung an die katholischen Lehrer in keiner Weise deren dienstliches Verhalten betraf.

In Bezug auf den Allgemeinen deutschen Lehrerverein gestatte ich mir zu wiederholen, daß wenn ich auch in dessen Statuten keine antireligiösen Bestimmungen vorfinden, derselbe tatsächlich doch Tendenzen aufweist, die direkt gegen die christliche Religion gerichtet sind. Die Organe des A. D. L. V., wie die „Allgemeine Deutsche Lehrerschaft“, die „Pädagogische Zeitung“, „Bayerische Lehrerschaft“, „Kreuzliche Lehrerschaft“, „Dritte Pädagogium“ u. a. enthalten eine ganze Reihe von Angriffen gegen die katholische Kirche, gegen katholische Sagen und kirchliche Hierarchie, sogar gegen die Grundlagen des Gottesglaubens und treiben fortgesetzt zur religionslosen Schule hin. Im gleichen Sinne bewegen sich zahllose Rundgebungen auf den Versammlungen des A. D. L. V., deren Ausprägungen nicht nur keine Billigung erfahren, sondern auch allgemeinen Beifall fanden. Ich weise nur auf die beiden Versammlungen in München 1906 und Dortmund 1908 hin. Auf der Münchener Versammlung wurde die Förderung der religionslosen Moral für die Schule nur aus Opportunitätsrücksichten nicht zur Resolution erhoben. Im Dortmund hat der Vorsitzende Dr. Wapler die Lehrer in seinem „Frühjahrswochenende“ fordert, den Abfall des deutschen Katholizismus von Rom in die Bahnen zu leiten. Seine Rede wurde höchlich begrüßt, und in der an ihn gerichteten Dankesrede wurde die Aufforderung an die Lehrer erneuert, sich von der „falschen Mutter“ der Schule, d. h. von der katholischen Kirche abzumenden.

Angesichts dieser Zustände steht wohl außer Zweifel, daß sich der Allgemeine Deutsche Lehrerverein nicht nur mit Fragen befaßt, die sich auf die Berufstätigkeit und die Standesinteressen der Lehrerschaft als solcher beziehen, sondern daß er auf dem religiös-kirchlichen Gebiete Verbrechen an den Tag legt, die den katholischen Gläubigen auf Schwierigkeiten zu schaffen geeignet sind. Ohne irgendwie die bürgerliche Freiheit der Lehrer und deren staatsbürgerlichen Rechte antasten zu wollen, hatte ich nur diese antireligiöse Tendenz des A. D. L. V. im Auge, als ich meine Mitteilung an die katholischen Lehrer richtete, deren Beitritt zu diesem Verein nach meiner Auffassung die schwerste Schädigung für die Orthodoxie des katholischen Religionsunterrichtes und somit allerdings auch unabsehbare Schwierigkeiten sowohl für die Schulverwaltung als auch für die kirchliche Behörde befechteten laien muß.

Was den Artikel des Prälaten Niget betrifft, so bemerke ich ergehen, daß ich mit dessen Uebersendung an die katholischen Lehrer nur eine Warnung vor dem Anschließ an den A. D. L. V. beabsichtigte. Es lag mir durchaus fern, die Form desselben in allen Einzelheiten zu billigen, was schon daraus hervor geht, daß ich denselben nur „zur Kenntnisnahme“ überhandt habe. Daß ich die katholischen Lehrer in keiner Weise verletzen wollte, dafür bürgt wohl die Tatsache, daß ich bisher der Lehrerschaft und ihren berechtigten Bestrebungen stets das warmste Interesse entgegengebracht habe.

Der Bischof von Straßburg: Dr. Adolf Frigen.

Darauf gab am 12. Januar der kaiserliche Statthalter folgende Antwort:

Euerer Bischöflichen Gnaden beehre ich mich den Empfang des mir gestern mittag zugegangenen gefälligen Schreibens vom 10. d. M. ergebenst zu bestätigen. Gerne erkenne ich den friedlichen Geist desselben an und begreife es mit Genugtuung, daß es Euerer Gnaden ferngelegen hat, die Form des Artikels des Prälaten Niget in allen Einzelheiten zu billigen und daß damit ein Sinnes verbunden ist, der die Absicht Euerer Gnaden, die katholischen Lehrer zu verletzen, ausschließt.

Ich erachte es auch ferner nicht als meines Amtes, für den Deutschen Lehrerverein Stellung zu nehmen und habe im Hinblick auf mein Schreiben vom 9. d. M. keinen Anlaß, auf Euerer Gnaden über die Tendenzen dieses, in allen deutschen Bundesstaaten zugelassenen Vereins in eine Erörterung einzutreten.

Zu bemerken aber möchte ich nicht unterlassen, daß den Ortsgeistlichen in Elsaß-Lothringen aufgrund des Gesetzes über das Unterrichtswesen vom 24. Februar 1908 und der zu diesem Gesetze erlassenen Ausführungsbestimmungen des Ministeriums vom 2. März 1908, die herkömmliche Aufsicht über den in der Schule zu erteilenden Religionsunterricht zusteht und daß sie befugt sind, etwaige Maßnahmen den Kreisinspektoren mitzuteilen.

Mit Euerer Gnaden bin ich durchaus der Ansicht, daß etwaige gegenständliche Auffassungen auf staatlicher und kirchlicher Seite durch beiderseitigen guten Willen und freundschaftliches Entgegenkommen in den einzelnen Fällen auf eine beide Teile zufriedenstellende Weise gelöst werden können und wird die Regierung dazu stets gern die Hand bieten. An ihrem in meinem obenberührten Schreiben entwickelten auf die Gesetze und das Staatskirchenrecht gestützten Standpunkte aber muß die Regierung nicht nur unbedingt festhalten, sondern sie wird denselben gegebenenfalls auch mit aller Entschiedenheit vertreten. Ich vermag daher auch nach wie vor nicht anzuerkennen, daß Euerer Gnaden Kundgebung an die katholischen Lehrer in einer Angelegenheit, welche deren Berufstätigkeit und Standesinteressen betraf, die zwischen staatlicher und kirchlicher Gewalt gesetzlich gezogenen Grenzen gewahrt hat.

Bei Lage der Verhältnisse erachte ich es für geboten, daß auch die zwischen Euerer Gnaden und mir gegangene Schriftwechsel der Öffentlichkeit übergeben wird, und glaube ich mich der stillschweigenden Zustimmung Euerer Gnaden versichert halten zu dürfen, daß die Publi-

aktion auch des dortseitigen Schreibens vom 10. d. M. am 14. d. M. erfolgt.

Auf dieses Schreiben gab Bischof Dr. Fröhen am 13. Januar noch die nachstehende Erwiderung:

Eurer Erzelenz beehre ich mich auf das gefällige Schreiben vom 12. d. M. ganz ergebenst zu erwidern, daß ich die erste im dortseitigen Schreiben vom 9. d. M. berührte Seite der Angelegenheit, die sich auf die Form des Artikels des „Schulfreund“ und auf eine etwaige diesseitige Absicht, die Lehrer zu verlegen, bezieht, nunmehr als erledigt betrachte.

Besüglich des Hinweises auf den Deutschen Lehrerverein sei mir gestattet, hervorzuheben, daß ich in meinem Schreiben vom 10. d. M. deshalb näher auf die Tendenzen desselben einging, weil in dem Schreiben Eurer Erzelenz vom 9. d. M. zu lesen war, es sei unzutreffend, daß der Deutsche Lehrerverein Bestrebungen gegen die katholische Religion verfolge.

Es soll keineswegs in Abrede gestellt werden, daß die Regierung auch nach den durch das Gesetz, betreffend das Unterrichtsverfahren, vom 24. Februar 1908 durchgeführten Änderungen von der Absicht befreit ist, den religiösen Unterricht in der Volksschule zu wahren; ich darf jedoch bemerken, daß eine sichere Gewähr für die Erteilung eines rechtsgläubigen Religionsunterrichtes und für die Erziehung zum christlichen Leben, die das katholische Volk aufgrund der bestehenden Gesetzgebung von der Schule zu fordern berechtigt ist, in erster Linie in der gläubigen Überzeugung der Lehrer liegt.

Ich begrüße mit lebhafter Genugtuung die mit meiner Ansicht übereinstimmende Äußerung Eurer Erzelenz, daß etwaige gegensätzliche Auffassungen auf staatlicher und kirchlicher Seite durch beiderseitigen guten Willen und freundliches Entgegenkommen in den einzelnen Fällen auf eine beide Teile zufriedenstellende Weise gelöst werden können und die Regierung dazu stets gern die Hand bietet. Wenn es dann weiter heißt: „An ihrem in obenwähnten Schreiben entwickelten, auf die Gesetze und das Staatskirchenrecht gestützten Standpunkte aber muß die Regierung nicht nur unbedingt festhalten, sondern sie wird denselben gegebenenfalls auch mit aller Entschiedenheit vertreten“, so dürfte es auch mir nicht verübelt werden, wenn ich an dem bereits in meinen Zuschriften vom 4. und vom 10. d. M. zur Genüge dargelegten Standpunkte festhalten muß. Ich kann nicht anerkennen, daß ich durch die Warnung an die katholischen Lehrer, bei der ich nur die religiöse Seite der Frage im Auge hatte, die Grenzen der bishöflichen Gewalt überschritten habe.

Nach diesem beiderseitigen wiederholten Meinungsaustausch, der bei der Verschiedenheit unserer Gesichtspunkte schwerlich zu einem anderen Ergebnis in der Theorie führen konnte, gehe ich trotzdem die Hoffnung, daß in der Praxis, wie es für die Vergangenheit der Fall war, so auch in Zukunft unserem Lande der Segen eines ungekränkten religiösen Friedens voll und ganz erhalten bleiben wird.

Dem Wunsche Eurer Erzelenz, unseren gegenseitigen Schriftwechsel der Deffinitivität zu übergeben, komme ich gerne entgegen. Der Bischof von Straßburg: Dr. Adolf Fröhen.

Berlin, 14. Jan. (Tel.) Nach der „Post“ trifft die Meldung, daß die Älten wegen des Konfliktes zwischen der Reichsregierung und den Bischöfen nach Berlin geschickt worden seien, nicht zu. Der Statthalter reist heute nach Berlin und wird dort Gelegenheit haben, die Angelegenheit persönlich zu erörtern.

Tages-Rundschau. Deutsches Reich.

Berlin, 13. Jan. In der heutigen Sitzung der Kommission des Reichstags für den portugiesischen Handelsvertrag erklärte Staatssekretär Delbrück der Kritik mehrerer Abgeordneter gegenüber: Besonders Interesse liege weniger in der Höhe der Zollsätze, als in der Meißbürgung. Die portugiesische Regierung hat sich in einer Zwangslage befinden und schlechterdings keine anderen Zollsätze gewähren können. Ein Zollkrieg würde Deutschland schlechter stellen als die mit ihm in Portugal konkurrierenden Länder. Die Abstimmung wurde auf nächsten Donnerstag vertagt.

Berlin, 13. Jan. (Tel.) Die Forderungen für die Mambatabahn und für den Ausbau des Hafens von Tanga wurden von der Budgetkommission des Reichstages angenommen.

München, 13. Jan. Der Steuerauschuß der Kammer der Reichsräte hat sich heute, wie vorauszu sehen war, auf den Boden der bayerischen Steuerreform gestellt, wie sie von der Abgeordnetenversammlung angenommen ist. Die Reichsräte Professor Dr. v. Schanz, Graf Craillseim, Graf Jagger, Glött und v. Wassei erklärten sich unter Vorbehalt einiger Änderungen für die allgemeine progressive Einkommensteuer.

Das Cofin-Prüfungsergebnis.

Berlin, 14. Jan. (Tel.) Die Sachverständigenkommission zur Prüfung einer eventuellen Schädlichkeit der Verfütterung mit Cofin gefärbten Futtermitteln hat nunmehr ihr Urteil abgegeben. Die Sachverständigen waren übereinstimmend der Ansicht, daß es nach wissenschaftlichen, zum Teil von ihnen selbst ausgeführten Untersuchungen

als ausgeschlossen zu betrachten sei, daß Erkrankungen und Todesfälle, die bei einzelnen Tieren nach kurzdauernder Verabreichung von mit Cofin gefärbter Gerste aufgetreten sein sollen, durch das in der Gerste enthaltene Cofin hervorgerufen seien. Auch die Behauptung, daß infolge Fütterung von Schweinen mit Cofingerste eine Färbung des Fleisches und Fettes eintrete, müsse nach wissenschaftlichen Feststellungen als unbegründet bezeichnet werden. Noch weniger könne von einer Schädigung infolge des Genusses von Fleisch oder Fett von mit Cofingerste gefütterten Tieren die Rede sein.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 13. Jan. (Tel.) Die morgen erscheinenden Prager Blätter werden eine Mitteilung veröffentlichen, derzufolge vorerst in Prag verjagt werden soll, eine kurze Session des böhmischen Landtages sicherzustellen. Der Oberlandmarschall und der Statthalter werden aufgrund von Informationen des Ministerpräsidenten die Verhandlungen mit den Landtagsparteien anfangs der nächsten Woche eröffnen.

Die ungarische Krise.

Wien, 13. Jan. (Tel.) Der designierte Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary wird im Laufe des heutigen Tages seine Kabinettsbildung abschließen. Die Ernennung der neuen Minister dürfte bereits am Sonntag im ungarischen Amtsblatt veröffentlicht werden. Am Montag werden dann die Mitglieder des neuen Kabinetts den Eid in die Hände des Kaisers legen.

Budapest, 13. Jan. (Tel.) Das Portefeuille des Justizministers im Kabinet Khuen-Hedervary übernahm der Kronanwalt Franz Szekes.

M.E. Budapest, 14. Jan. (Privat.) Die Polizei konfiszirte in einer Druckerlei mehrere Frachten gedruckte Proklamationen, welche zu einem allgemeinen ungarischen Volksaufstand im Falle einer Auflösung des Parlaments auffordern und in den nächsten Tagen im ganzen Lande verteilt werden sollten.

Frankreich.

Paris, 13. Jan. (Tel.) Zum Präsidenten des Senats wurde mit 230 von 259 abgegebenen Stimmen der bisherige Präsident Dubos wiedergewählt. Außer dem Präsidenten Dubos gehören nach der heutigen Wahl des Bureau die vier Vizepräsidenten und die meisten Mitglieder des Bureau der Linken an.

Paris, 13. Jan. (Tel.) Die Kammer hat das Budget des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten angenommen.

Ämtliche Nachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 23. Dezember v. J. gnädigst bewegen gerunden, dem Zugemeister Julius Johann Wed in Offenburg die große goldene Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewegen gerunden, dem Oberrechnungsrat Christian Zimmermann bei der Oberrechnungskammer das Ritterkreuz 2. Klasse mit Eichenlaub höchst ihres Ordens von bayerischer Krone zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 6. Jan. d. J. gnädigst geruht, dem Oberrechnungsrat Christian Zimmermann bei der Oberrechnungskammer unter Anerkennung seiner langjährigen treuegeliebten Dienste auf sein untertänigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters in den Ruhestand zu versetzen.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 14. Jan. Zur Frage der Ausnützung der Wasserkräfte der Murg finden sich heute folgende halbamtliche Auslassungen in der „Karlsruh. Zig.“: In verschiedenen Tageszeitungen sind Mitteilungen über einen Vortrag erschienen, den Oberingenieur Behn am 12. Dezember v. J. auf der Jahresversammlung des Vereins der akademisch gebildeten technischen Beamten der Groß- und Staatseisenbahnverwaltung über die Ausnützung der Wasserkräfte der Murg gehalten hat. Diese Mitteilungen bedürfen sich nicht in allen Teilen mit dem von der Generaldirektion der Staatseisenbahnen neuerdings bearbeiteten geänderten Entwurfe. Es wäre aber verfrüht, hierüber näheres bekannt zu geben, bevor eine diesbezügliche Vorlage an die Landstände gelangt ist. Im jetzigen Zeitpunkt kann daher auch auf die Erklärung des Herrn Oberbauamt Professor Rehsch über die Urheberhaft an dem Entwurfe nicht eingegangen werden.

Ettlingen, 14. Jan. Die dem Umlagefuß zugrunde zu legenden Steuerwerte und Steueransätze der Stadtgemeinde Ettlingen betragen für das Jahr 1910 im ganzen 65 812 320 M. Für das Jahr 1909 betrug die Gesamtsumme der Steuerwerte und Steueransätze 66 592 100 M.; es ergibt sich somit im Jahr 1910 gegenüber 1909 eine Minderkung von 779 780 M., was auf die ungünstige Geschäftslage der Jahre 1908 und 1909 zurückzuführen ist.

Wörth (H. Ettlingen), 13. Jan. In der letzten Bürgerausschuhssitzung entwickelten sich heftige Szenen in der Debatte

um die Aufhebung des Schulgelbes. Zum Schlusse wurde der Antrag mit 39 gegen 26 Stimmen abgelehnt.

Wöfingen (H. Bretten), 14. Jan. Gestern vormittag entgleisten nach amtlicher Meldung in Wöfingen aus noch nicht aufgeklärter Ursache 3 Wagen eines Arbeiterzuges, wodurch das durchgehende Gleis gesperrt wurde. Die Reisenden des Personenzugs 310 mußten nach Bretten zurück und über Bruchsal weiterbefördert werden. Personen wurden nicht verletzt.

Mannheim, 13. Jan. Ein jugendlicher Expresseur wurde hier verhaftet. Dieser Tage erhielten Frau Kommerzienrat Lang und Kommerzienrat Dr. Engelhorn Drohbriefe, durch welche sie aufgefordert wurden, 50 000 bezw. 20 000 M bei dem Eiboteninstitut „Blitz“ zu hinterlegen, widrigenfalls sie die längste Zeit gelebt hätten. Gestern abend erschien im Bureau des „Blitz“ ein Junge, der das Geld abholen wollte. Die benachrichtigte Polizei verfolgte den Jungen bis in die Nähe der Redarbrücke, wo der Auftraggeber den Jungen erwarten wollte, aber derselbe war nicht mehr da. Er wurde aber doch ermittelt und zwar in der Person des 17jährigen Kaufmannslehrlings Wormhäuser. Derselbe wurde verhaftet. Er legte sofort ein Geständnis ab. Das Geld will er gebraucht haben, um ins Ausland zu reisen.

Mosbach, 14. Jan. Wie verlautet, soll gleich Waldshut, auch das hiesige Landgericht aufgehoben werden und dafür dasjenige in Heidelberg erweitert werden.

Baden-Baden, 12. Jan. Am Montag, den 24. d. Mts., vormittags, wird die elektrische Straßenbahn durch die städtischen Kollegien feierlich eröffnet und dem allgemeinen Verkehr übergeben werden. Aus Dos wird berichtet: In der letzten Sitzung des Bürgerausschusses wurde die Erbauung eines neuen Schulhauses mit einem Kostenaufwand von circa 102 000 M für den Rebenort Dossbüchern einstimmig genehmigt.

Achern, 14. Jan. Der 66 Jahre alte Uhrmacher Johann Gaus aus Kappel wurde unweit des städtischen Schlachthofes tot aufgefunden. Er dürfte in der Dunkelheit ins Wasser geraten und ertrunken sein.

Offenburg, 13. Jan. Ein Rekrut des hiesigen Regiments hat gestern auf dem Speicher der Kaserne seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Schopfheim, 14. Jan. Dieser Tage hat sich der etwa 12 Jahre alte Sohn des hiesigen Bodenmehlers M. mit einer durch die linke Hand geführten Holzart den Daumen der rechten Hand vollständig abgehauen. Wie man sagt, soll Abneigung gegen den Schulunterricht den Jungen zu dieser Selbstverstümmelung bewogen haben.

Vom Bodensee, 12. Jan. Ein furchtbarer Sturm, wie er in gleicher Heftigkeit glücklicherweise nur selten das Schwäbische Meer aufwühlt, brach heute mittag urplötzlich am östlichen Gestade des Sees aus und verursachte nach einer Brezenger Meldung eine Reihe von Schiffsunfällen, wobei auch 6 Menschenleben in ernste Gefahr kamen und nur durch die heroischen Anstrengungen der Mannschaft von zwei österreichischen Dampfschiffen vom sicheren Tode gerettet wurden. Das Unwetter setzte um 11 Uhr mit solcher Wucht ein, daß zwei große Fischerboote, die in nächster Nähe des Brezenger Hafens dem Fischfang oblagen, nicht mehr in den Hafen gelangen konnten, vielmehr von den rasenden Wogen erfasst und wie ein Spielzeug gegen die Steinauern des Molo geschleudert wurden. Beide Boote sanken sofort; die aus 7 Köpfen bestehende Mannschaft geriet in die Brandung und schien verloren, als zwei Dampfschiffe zur Hilfe herbeieilten und durch Zuerufen von Seilen und Rettungsringen die ermatteten Fischer aus dem Strudel zogen. Noch ein drittes Boot (alle mit Motoren) wurde vom Sturme und der wütenden Wassern zertrümmert. Ein Dampfschiff wurde im Hafen beschädigt und die Renovierungsarbeiten am Leuchtturm-Molo erlitten ebenfalls mancherlei Nachteile. Der Sturm währte kaum eine Stunde, dann trat ebenso plötzlich eine Windstille ein.

Vom Wintersport.

Schönwald, 14. Jan. 25 Zentimeter Neuschnee, 3 Grad Kälte, andauernder Schneefall, Ski- und Kodelbahn sehr gut.

Furtwangen, 14. Jan. Seit 3 Tagen ist harter Schneefall eingetreten, so daß das Stigelände zurzeit sehr schön ist. Schöner Neuschnee in genügender Menge bedeckt unsere, die Stadt unmittelbar umgebenden, Berggänge. Das Wetter ist freundlich, ziemlich kalt, aber sonnig.

Ski-Rufe.

Karlsruhe, 13. Jan. Man schreibt uns: Es ist mit dem Skilauf eine eigene Sache. Wenn man meint, jetzt könnte mans, dann fängt es überhaupt erst richtig an. Es gibt viele Menschen jeden Alters und Geschlechts, die treuherzig und allen Erstes der Meinung sind, sie könnten Skilaufen, und dies mit beiläufig eingetragenen interessanten Details den andern glaubhaft machen wollen. Aber ein Ski-Ruf bringt alles an den Tag. Beim Skilaufen auf selbstere-

diesem erschossen. Er wollte in sinnloser Hast entfliehen, wurde aber im Hausflur von Hausbewohnern gestellt, worauf er sich eine Kugel in den Leib jagte. Schwer verletzt wurde er ins Krankenhaus gebracht.

Berlin, 13. Jan. (Tel.) Das Schwurgericht verurteilte heute den Freizeiter Hans Jünnemann wegen Ermordung der Verkäuferin Alice Rakowski und wegen Diebstahls in zwei Fällen zum Tode. Verlaßt der bürgerlichen Ehrenrechte und neun Monaten Gefängnis.

Königsberg, 13. Jan. (Tel.) Der wegen Mordes vom Schwurgericht in Königsberg zum Tode verurteilte 27jährige russische Untertan, Arbeiter Siegmund Turba ist gestern früh im Hofe des hiesigen Gefängnisses hingerichtet worden. Turba hatte im März v. J. den verheirateten 49 Jahre alten Guts-Inspektor Damath in Splitzings bei Waldau aus Eifersucht durch zwei Schüsse getötet.

Hamburg, 13. Jan. (Tel.) Die Polizeibehörde setzte für die Ergreifung des Mörders der Pfandleiherin Merkl eine Belohnung von tausend Mark aus. Der Mörder raubte alle wertvolleren Pfandgegenstände, sowie 1300 Mark Bargeld.

M.E. Wien, 14. Jan. (Privat.) Die Untersuchung der in Letzmeritz ausgegrabenen Leiche der vor 5 Jahren plötzlich verstorbenen Braut des Oberleutnants Hofrichter hat, wie die „Kronen-Zeitung“ meldet, soweit dieses an der in Verwesung begriffenen Leiche möglich war festzustellen, das Vorliegen eines Todes infolge Vergiftung wahrscheinlich festgestellt. Das Resultat ist in 8 Tagen zu erwarten.

Paris, 14. Jan. (Tel.) Wegen der in der Nacht zum Montag begangenen beiden Frauenmorde wurden gestern 3 junge Apachen verhaftet. Die Mörder hatten es auf den von der Hausbesorgerin Gailand eingekommenen Mietzins abgesehen. Sie chloroformierten die Frau und erdroffelten dieselbe dann. Mit dem Raube kamen die Täter an einem ahnungslosen Mieter vorbei aus dem Hause. Sie begaben sich in eine benachbarte Scheune, wo das Geld 3000 Frs. verteilt wurde. Das auffällige Verhalten der Burschen veranlaßte den Wirt zur Anzeige.

London, 13. Jan. (Tel.) Während die Grubenarbeiter von Northumberland ihre Verhandlungen vertagten, um über den Achtstundentag einen einmütigen Beschluß zu fassen, beschloßen die Grubenarbeiter von Durham sofortige Arbeits-Einstellung, worin ihre Forderungen nicht erfüllt würde.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Mannheim, 14. Jan. (Privat.) Zur Errichtung des Großherzog Friedrich-Denkmals sind bis zum vorgeschriebenen Termine am 22. Dezember v. J. 33 Konkurrenzentwässerungen eingelaufen. Das Preisgericht, das, wie bereits gemeldet, am 12. d. M. zusammengetreten ist, hat 3 gleichwertige Preise von je 4000 M den Entwürfen „Eckhard“, „Friedrich“ und „Der Großherzog aller Deutschen“ zugeteilt. Zum Ankauf hat das Preisgericht die 3 Entwürfe „Eckhard“, „Treue um Treue“, „Athei und Redar“ und eventuell „Mannheimer Stadtwappen“ empfohlen. Die Eröffnung der Entwürfe ergab folgende Namen: „Eckhard“: Bildhauer Volk-Karlsruhe, Architekt Bruno Schmitz-Berlin; „Friedrich“: Bildhauer E. Stadelhofer-Rom, „Großherzog aller Deutschen“: Bruno Schmitz-Berlin; „Eckhard“: Architekt Platten-Mannheim und Bildhauer Professor Schreyögg-Karlsruhe; „Treue um Treue“: Architekt Tatting-Mannheim; „Athei und Redar“: Architekt Güntler-Berlin. Das Denkmal-Komitee hat beschlossen, sämtliche Entwürfe anzukaufen, und auch den Ankauf des vorgeschlagenen vierten Entwurfs „Mannheimer Stadtwappen“, dessen Verfasser die Herren S. Kauffer und Lud. Schmieber, beide in Karlsruhe, sind, zum Betrage von 1000 M zu bewilligen.

London, 14. Jan. (Tel.) In diesen Tagen soll eine Radiumbank für England gegründet werden, der eine Quantität Radium im Werte von 1 Million Mark zur Verfügung steht. Dasselbe wird gegen entsprechende Sicherheiten und Zinsen Aestien und Wännern der Wissenschaft 10-100 Milligramm Radium ausleihen.

Großherzogliches Hoftheater in Karlsruhe.

Karlsruhe, 14. Jan. Die beiden Opernaufführungen in dieser Woche machten es nötig, Gäste zuzuziehen. Durch die Amerikareise des Herrn Jablonski profitierten die Theaterbesucher herzlich wenig, denn das zur Aushilfe gebotene Sängermaterial konnte bis jetzt wenig befriedigen, geschweige denn nur einigermaßen den fehlenden lyrischen Tenor ersetzen. Dadurch

wird der Grad der Vorstellungen bedenklich herabgedrückt und man kann von der „Mignon“-Vorstellung am Dienstag und der „Carmen“-Aufführung am Donnerstag sagen, daß sie keiner Provinzbühne zur Ehre gereicht hätten. Herr Copony aus Mannheim war für den Wilhelm Meister bestellt. Der Sänger macht aus seiner etwas ruhigen, aber gut gebildeten und mit Geschick behandelten Stimme, was irgend angeht, ohne jedoch Kostwertiges zu bieten. Sollten seinen Gastspielen etwaige Engagementabsichten zugrunde liegen, so müßte man zu einem verneinenden Urteil kommen. Frau W ar m e r s p e r g e r o h a bringt für die Titelrolle der Thomasischen Oper gewinnende sympathische Züge mit, tritt dabei aber nicht sonderlich in den Vordergrund. Ihre Micaela, die sie am darauffolgenden jetzigen Operabend sang, finden wir dagegen günstiger angelegt und durchgeführt. Auffallend schwach war Frau K a l l e n j e e s Philine; die Titania-Arie blieb bei der matten Stimmung in der Höhe ohne Wirkung. Die Mannheimer Bühne scheint zurzeit über Tendenz zu verfügen. Sie hatte uns gestern Herrn D e d e r für den Don José überlassen. Herr Dedler, der, wenn wir nicht irren, vorder Nachbarbühne für die Heldenrolle verpflichtet ist, bringt für die Sergeantenpartie eine gute Gestalt mit. Er ist ein routinierter, temperamentvoller Sänger; der Stimme geht blendende Höhe und ein kraftvolles Volumen ab. Im zweiten Akt verdient sich die gelangliche Leistung das meiste Lob. Die Darstellung ist zu robust und theatralisch affektiert; störend wirkt ein Sprachfehler in der im allgemeinen deutschen Textbehandlung. Beide Aufführungen dirigierte Herr L o r e n z, ihm konnte man aufrichtige Anerkennung für die verständnisvolle Behandlung des orchesterlichen Teils gollen.

Vermischtes.

Berlin, 14. Jan. (Tel.) Gestern abend wurde ein 17jähriges Dienstmädchen in der Warthauerstraße, das vor kurzem einen 23 Jahre alten Bädergesellen kennen lernte, von









**Apollotheater**  
 Marienstraße 16. Telefon 2042. Dir. Jos. Engels.  
**Heute abend**  
**Letztes Auftreten von**  
**Nordini**  
 im brennenden Feuerkessel.

**Restaurant „zur Eintracht“**  
 Telegramm!  
**Heute Freitag: Großes Konzert**  
 der Krachauer  
 in ihrem bekannten humoristischen Programm.  
 Morgen Samstag eintreffend: „Le Russe“. (Näheres siehe Inseratenteil.)  
 Wozu ergeben sich einladet 833 **Fritz Klaue.**

**Le Russe**  
 die einzig bestehende Majoren-Kapelle! Hier noch nie aufgetreten!  
 Beginn der Konzerte: Täglich abends von 7-12 Uhr.  
 Sonn- und Feiertags: Frühchoppen-Konzert von 11-1 1/2 Uhr  
 abends von 5-12 Uhr.  
 Wozu ergeben sich einladet 832.21 **Fritz Klaue, zur Eintracht.**

**Zahn-Atelier**  
**Alb. Günzer, Amalienstraße 51,**  
 Ecke Hirschstraße.  
 Vollständig schmerzlose Zahn-Operation in Narkose (unt. ärztlicher Leitung) oder unter Anwendung neuester vorzüglich wirkender Mittel.  
 Spezialität: Gebrannte Porzellan-Emaille-Plomben, schönste und dauerhafteste Plombe für Vorderzähne.  
 Sprechstunde von 8-12 und 2-7 Uhr. • Sonntags von 9-12 Uhr. 16977.3.1

Sie jammern nach einem guten Stiefel?  
**Dr. Lahmanns Flecht-Schuhwerk**  
  
 Hier haben Sie ihn. In ihm heilen wohl alle Fussleiden. Machen Sie keinen Versuch, ist Ihnen nicht zu helfen. Sommer wie Winter tragbar, riesig dauerhaft. 819  
**Reformhaus z. Gesundheit, Karlsruhe, Kaiserstr. 40.**

**Eier! Eier!**  
**Koch-, Sied-, Trinkeier**  
 werden zu den jeweils billigsten Tagespreisen verkauft. 813  
 — Garantie für gute Waren. —  
**Molkereiprodukte G. Lieb**  
 Waldhorn-, Ecke Kaiserstraße,  
 — 15 Kurvenstraße 15. —

Neuerbaute, gutgehende **Wirtschaft zu verkaufen.**  
 ca. 40-50 Liter, zu verkaufen. Zu Offert. unter Nr. 21846 an die Expedition der „Bad. Presse“. 2.2

**Ein Milchgeschäft,**  
 ca. 40-50 Liter, zu verkaufen. Zu Offert. unter Nr. 21442 in der Expedition der „Bad. Presse“. 2.2

**Pariser Kopfsalat** Stück 15 ↘  
**Blumenkohl** . . . . . Kopf 12 ↘  
 Artischocken Stück 30-40 ↘ **Französischer Kopfsalat** Stück 14 ↘

**Sprotten** Pfund 45 ↘  
 Echte Kieler Sprotten, Flundern, Lachsringe, Aal - Lachs, Fleckeringe.  
 Kieler Fettsüßlinge . . . . . 3 Stück 20 ↘

Junge Gänse, Junge Enten, Hühner, Poularden. 802  
 Schweineschmalz, garantiert rein Pfund 80 ↘

**Geschwister Knopf.**

An gutem, kräftigen Mittags- u. Abendtisch können noch einige Herren teilnehmen. **Waldstr. 33, 3. St.**

**Bestes und billigstes Gemüse:**  
**la Schnitt-Bohnen**  
 die 2 Pfd.-Dose 30 und 35 Pfg.  
**la Brech-Bohnen**  
 die 2 Pfd.-Dose 35 Pfg.  
**Erbfen**  
 die 2 Pfd.-Dose von 40 und 50 Pfg. an  
 die 1 Pfd.-Dose von 30 Pfg. an  
 4.2 empfehlen 485

**Pfannkuch & Co**  
 G. m. b. H.  
 in den bekanntesten Verkaufsstellen.

**Heirat**  
 Gebildete Witwe 35 Jahre, schöne Erscheinung, häusl., guter Dergensbildung wünscht mit besserem Herrn in höherer Lebensstellung wieder ein Heim zu gründen, Alter 38-50 Jahre. Bittwer ohne Kinder nicht ausgeschlossen. Off. u. Nr. 21629 an die Exped. der „Bad. Presse“.

Eine sorgenfreie **Existenz**  
 mit 6000 Mk. Einkommen bieten wir fleißig Leuten, die sich nach Selbstandigkeit u. einem eigen. Berufe sehnen, und zwar ohne Pfandbesitz u. ohne jof. Aufgabe ihrer jetzigen Tätigkeit. Erforderl. 600 Mk. bar od. entspr. Sicherheit. Ernstl., freibl., schriftl. Respektanten erfahre. näher. unter **D. D. 8404** durch **Rudolf Mosse, Dresden.** 387a.3.3

**Damen Schneiderin.** Kleider werden von 6.50, Jadenkleider von 7.50 Mk., Blusen 1.60 Mk., Kinderkleider 1.80, Anabenanzugchen von 1.80 an angefertigt. **Frau Deberling, Waldpurrerstr. 30, 3. Stod** 21638

**Privat-Zanzlehr-Institut**  
**Hermann Vollrath,**  
 235 Kaiserstrasse 235  
 — Anfang Januar Beginn neuer Kurse. —  
 Gefl. Anmeldungen erbeten. 177368

**Cheater- u. Masken-Kostüm-Verleih-Anstalt**  
**Phil. Hirsch, Steinstr. 2**  
 Empfehle eine große Anzahl neue Herren- und Damen-Kostime sowie Trachten in jeder Art zu Kauf und Miete.  
 Rein Laden, sehr billige Preise. 31403

**Abschlag!**  
**Zwiebeln**  
 1 Pfund 6 Pfg., 3 Pfund 16 Pfg.  
**Kartoffeln**  
 beste Siebelfartoffeln } 3tr. 3.50  
 keine Haardtartoffeln } Mk.  
**E. Bucherer**  
 703 2.2

**Markgräfler Weine**  
 Besondere Umstände halber ist eine größere Partie 1906er, 1907er und 1908er garantierter naturreiner Tafelweine preiswürdig zu verkaufen.  
 Näheres durch **Küfermeister Konrad in Laufen** (Post Sulzburg). 380a3.2

**Waren versteigerung**  
 vom 17-22. Januar werden noch Waren und Möbel jeder Art dazu angenommen.  
**Auktionsgeschäft Bürkle, Brauerstraße 15.**

**Nassischrank,**  
 kleiner, zu kaufen gesucht, wird eventl. bei Ankauf eines neuen in Zahlung genommen.  
 Offerten unter Nr. 21624 an die Expedition der „Bad. Presse“.

**Rakrohrstiel gesucht.**  
 Ein Paar noch gut erhaltene Rakrohrstiele. Größe nicht unter 45, zu kaufen gesucht. Offert. unt. Nr. 21660 an die Exped. der „Bad. Presse“ erbeten.

**Schlafzimmer-Einrichtung**  
 nur kurze Zeit im Gebrauch, sehr gut erhalten, mit la. Koffhaarmatratzen, ebenso ein 2türiger Kleiderschrank und 1 Schreibtisch sind preiswert zu verkaufen.  
 Zu erfragen unter Nr. 21643 in der Expedition der „Bad. Presse“.

**Französisch u. Englisch**  
 lehrt in 5 Monaten perfekt in Wort und Schrift bei 2 Unterrichtsstunden wöchentlich ein langjähriger Sprachlehrer einer höheren Lehranstalt. 12 Jahre in Paris, 10 Jahre in London. Beste Referenzen. Privatstunden billig. Leichtfassliche Methode. Kursus: 2mal wöchentlich 4 Mal pro Monat. Offerten unter Nr. 21694 an die Expedition der „Bad. Presse“ erb.

**Gewinnreiches Unternehmen!**  
 Fleiß. Herr zu ein. Unternehmungsgeist, das demselb. **Angenehme Existenz**  
 mit einem Einkommen von schätzungsweise pro Jahr **8000** ohne die Branche zu kennen, ohne jof. Aufgabe des Berufes, sicher. Vorzügl. Selbstständigkeit. Betrifft: Ausbeutung eines Maschinenartikels, der dauernd in vielen Tausenden abgesetzt. Nur 1000.— in bar erforderlich. 428a.3.1  
**Deutsche Metall-Industrie, Dresden-A.**

**100 000 Mk. Privatgeld**  
 zur 1. Hypothek habe ich in Teilbeträgen auf städtische, sowie auf ländliche Objekte anzuleihen.  
**Karl Weinspach, Karlsruhe, Karlstraße 82, IV. 31668**

**Darlehens-Gesuch.**  
 Wer würde junger Frau 30 Mk. leih. geg. Sicherh. u. pünktl. Zurückzahlung? Offert. unt. Nr. 21672 an die Exped. der „Bad. Presse“.

**Fräulein**  
 sucht 100 Mk. zu leihen geg. pünktl. Rückzahlung. Offert. unter 21561 an die Exped. der „Bad. Presse“.

**Gutgehende 54a Wirtschaft**  
 auf 1. April d. J. unter günstigen Bedingungen an tüchtigen kautionsfähig. Wirt zu vergeben. Näh. **Brauerei Sinner, Karlsruhe - Grünwinkel.**

**Herren-Anaben-Anzüge**  
**Ueberzieher, Gaslüster, Bund 5, Juglampen, Möbel**  
 billig zu verkaufen. 21680: **Auktionslokal, Brauerstr. 15.**  
 Kinderwagen, verstellb., bereit neu, Mideleit, sehr bill. zu vert. 21640 **Waldstr. 32, 4. St., 1.**